Kulturelles Wort / Literatur
Redaktion: Dr. Andreas Wang

Sendung am: 02.01.99
19.20 - 19.30 Uhr, NDR Radio 3

BUCH IM GESPRÄCH

Hans Mathias Kepplinger:
Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft
Karl Alber Verlag

Manuskript und Sprecher: Andreas Wang

Gesprächspartner: Hans Mathias Kepplinger

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z. B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

- Unkorrigiertes Exemplar -

RADIO 3
NDR SFB ORB

BUCH IM GESPRÄCH

Sonnabends
19.20 - 19.30 Uhr

KLASSISCH
IN JEDER
BEZIEHUNG

Telefon:
0511 / 988-2306

Wang: Am Mikrophon ist Andreas Wang und im Studio begrüße ich Hans Mathias Kepplinger, Publizistikwissenschaftler in Mainz. Guten Tag.

Kepplinger: Guten Tag, Herr Wang.

Wang: In Mainz sitzen Sie ja richtig, denn dort residiert eine der größten europäischen Fernsehanstalten, das ZDF und eine der Medienanstalten, die zur "Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft" beigetragen haben. "Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft" ist auch der Titel des bei Alber erschienenen Buches, über das ich mit Ihnen sprechen will. Ausgangspunkt Ihrer Darstellung und auch Ihrer Frage ist das, was man hierzulande - seit längerem schon - Politikverdrossenheit zu nennen pflegte. Ist denn diese Politikverdrossenheit wirklich nur eine Folge der Wirksamkeit von Medien?

Kepplinger: Nun, ob es nur eine Folge der Wirksamkeit von Medien ist, läßt sich natürlich nicht beweisen. Aber man kann eben doch zeigen, daß die Medien hier eine sehr große Rolle spielen. Wobei man gleich sehen muß: hier geht es nicht um eine Intention. Es ist nicht so, daß Journalisten oder Medien irgendwie absichtlich dazu beitragen, Politikverdrossenheit zu produzieren, sondern dieses ist letzen Endes ein Abfallprodukt von sehr komplexen Prozessen.

Wang: Diese komplexen Prozesse untersuchen Sie für einen relativ langen Zeitraum und für Sie ist davon zunächst mal die Fragestellung wohl auch interessant, wie sich dieser Komplex auflöst in einzelne Bestandteile: auf der Seite der Politik, auf der Seite der Gesellschaft und der Öffentlichkeit und auf der Seite derer, die da mittendrin als Vermittler stehen.

Kepplinger: Die Ausgangsüberlegung lautet: alle sozialen Subsysteme, also die Politik, die Wirtschaft, die Medien haben ihre eigenen Regeln. Und sie sind zugleich allerdings auch auf das Zusammenwirken mit anderen angewiesen, also die Politik auf die Medien - die Medien auf die Politik. Und die Frage ist: Wer bestimmt letzten Endes die Regeln? Ist es die Politik, die die Regeln der Medien bestimmt oder sind es die Medien, die die Regeln der Politik bestimmt? Das läßt sich natürlich nicht sauber in zwei Kästchen sortieren, aber man kann trotzdem überlegen: Wer hat

sozusagen das schlagkräftigere System? Wer setzt sich durch? Und was man zeigen kann ist: langfristig setzten sich die Medien mit ihren Regeln gegen die Politik durch.

Wang: Und das heißt wohl und das ist vielleicht sogar die zentrale These, die Sie in diesem Buch aufstellen, daß die Politik den Erfolgsbedingungen des Journalismus unterworfen wird. Das ist ja im Grunde ein sehr harter Schritt in der Entwicklung von Politik selber.

Kepplinger: Das ist in der Tat die zentrale These und das ist auch das zentrale Ergebnis, das meines Erachtens doch bestätigt wird. Denn man muß erkennen: in den 20er, 30er Jahren, auch nach dem Krieg, hatte die Politik einen relativ eigenständigen Zugang, ich sage jetzt mal bewußt, zu Volksmassen. Die Parteien hatten ihre Parteipresse, die sie sozusagen selbst steuern konnten, es gab noch große Volksversammlungen. Es war ja nicht nur eine Frage des Dritten Reiches, sondern auch in der Weimarer Zeit und in der Bundesrepublik. Nun, die Volksversammlung gibt es nahezu nicht mehr, die Parteipresse gibt es definitiv nicht mehr. Die Medien sind zwischen die Politik und die Bevölkerung getreten und letzten Endes bestimmen die Medien, welche Auftritte nun positiv oder negativ kommen, welche groß kommen und welche nur am Rande kommen. Insofern muß die Politik sich auf die Medien einstellen. Das tut sie - mit wachsendem Erfolg versucht sie die Medien zu manipulieren, aber, und das muß man erkennen, um den Preis der Selbstaufgabe. Die Politik muß sozusagen die Regeln übernehmen, die ihnen die Medien vorschreiben.

Wang: Ich habe den Eindruck, daß so etwas wie ein, sagen wir mal, kybernetischer Wechselwirkungsablauf da stattfindet. Sie schreiben, daß jetzt in der Zeit der Bundesrepublik, nach der großen Aufbauarbeit nach dem Kriege, ein beginnender Wohlstand zu mehr Freizeit geführt hätte; diese größere Freizeit zu einer größeren Freiheit auch im Umgang mit der Berichterstattung der Medien, also man hat auch mehr Zeit gehabt, sich damit zu beschäftigen und damit ein wachsendes Interesse auch an der Politik. Daraufhin eine zunehmende Kenntnis der Politik und damit zusammenhängend eine Skepsis an der Wirksamkeit der Politik, und daraufhin käme es dann zu einer Politikverdrossenheit und daraufhin zu einer Entfremdung. Also offenbar ein in sich selber relativ schlüssiger

Prozeß. Wohin führt denn eigentlich ein solcher Weg, wenn man den jetzt noch weiter denkt?

Kepplinger: Ich denke, hier sind alle Appelle an Moral, Zurückhaltung und wie auch immer zwar sehr nett, aber sie gehen am Kern des Problems vorbei, das Sie beschrieben haben. Das ist ein Prozeß, der aus seiner Eigendynamik lebt und ich sehe auch überhaupt nicht, daß dieser Prozeß sich umkehrt. Im Gegenteil, es wird zu einer zunehmenden Professionalisierung dieser Beziehung kommen und die Medien werden noch weiter an Bedeutung gewinnen und die Politik wird intensiver noch als bisher darauf reagieren, indem sie mit Spezialisten versucht, die Gesetze der Medien zu ihren eigenen Gunsten anzuwenden. Und, das ist auch das Entscheidende, dabei unter Umständen auch den Kernbereich von Politik, nämlich substanzielle politische Arbeit, zu vernachlässigen. Das ist der Preis.

Wang: Sie schreiben, daß die Überforderung der Politik strukturell geworden sei. Was heißt das?

Kepplinger: Das ist ein anderer Aspekt. Wir müssen erkennen, daß alle Bereiche der Gesellschaft, angefangen von der Industrie über das Handwerk über die sozialen Interessengruppen, die Gewerkschaften, alle haben ihre Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert. Alle treten heute in der Öffentlichkeit mit Forderungen an den Staat, an die Politik heran. Zudem kommt eines noch hinzu: die Politik versucht mit Angeboten, mit Lösungsangeboten die Wähler auf ihre Seite zu ziehen. Die Konsequenz ist: der Staat wird für immer mehr Aufgaben in Anspruch genommen. Und diese wachsende Inanspruchnahme des Staates ist unter keinen denkbaren Voraussetzungen von diesem Staat zu erfüllen. Nehmen Sie das Beispiel der Arbeitslosigkeit. Es wird kaum einen ernst zu nehmenden Volkswirt geben, der der These zustimmt: Der Staat kann Arbeit im befriedigendem Umfang schaffen. Das ist unmöglich, trotzdem wird in der Öffentlichkeit nachhaltig der Eindruck erweckt. Dieses nenne ich eine strukturelle Überforderung von Politik, strukturell deshalb, weil es nicht am guten Willen einzelner liegt, sondern es liegt an dem System, daß dazu führt, daß man mit Politikangeboten politische Karriere machen kann, daß man mit Forderungen an den Staat sich als Verbands-

funktionär profilieren kann und damit innerhalb des eigenen Bereiches Karriere machen kann.

Wang: Sie schreiben: "Es muß am Ende die Frage gestellt werden, welche dysfunktionalen Folgen der Pressefreiheit eine liberale Demokratie verträgt, ohne ihren Charakter zu verlieren". Sie beantworten das ja nicht sondern sie stellen es eben als Frage. Aber Sie werden ja ungefähr wissen, wohin die Antwort gehen wird oder gehen muß.

Kepplinger: Man muß es vor dem Hintergrund der vergangenen Jahrzehnte, vielleicht auch zweier Jahrhunderte sehen. Es bestand ja ein ungemein optimistischer Glaube, daß mehr Pressefreiheit zu mehr Information der Bevölkerung und mehr Information der Bevölkerung zu einer rationaleren politischen Entscheidungsfindung führt. Dieser Glaube hat in den 50er Jahren seinen Höhepunkt gehabt und seitdem wächst der Zweifel, daß dieses der Fall ist. Mehr Informationsangebot führt eben nicht notwendigerweise zu mehr Information der Bevölkerung und es führt auch nicht notwendigerweise zu rationaleren Entscheidungsprozessen. Im Gegenteil: Wir lernen im Laufe der Zeit, daß auch, das muß man sagen, auch die Medien negative Nebenfolgen haben, wie alle anderen Unternehmungen, wie die Industrie, wie jede andere Tätigkeit auch. Wir sind am Ende, glaube ich, einer solchen optimistischen Phase und müssen darüber nachdenken, was der Preis ist, den man für die Freiheit der Medien zahlt. Wobei, das will ich ganz klar betonen, es mir nicht darum geht, diese Freiheit einzuschränken. Wir müssen nur, wie bei allen Dingen sehen, daß auch die Medienfreiheit zwei Seiten, eine sehr wichtige positive, aber auch eine durchaus vorhandene negative hat - auch für die Politik.

Wang: Sehen Sie eine Entwicklung, die zwangsläufig auf Publizisten hinzukommt?

Kepplinger: Die Journalisten werden zwar zunehmend wichtiger werden, aber sie werden auch an eine kleine spezialisierte Gruppe von Interessierten, ich sage jetzt mal Schülern, Studenten, Intellektuellen - an diese Gruppe werden sie sozusagen ihre Schlüsselstellung verlieren. Denn heute kann jeder, der einigermaßen clever ist im Internet, die gleichen Informationen herausziehen wie die Journalisten. Er kann die gleichen Da-

tenbänke benutzen wie die Journalisten, wenn er ein bißchen Geld hat. Es ist also auch hier eine völlig neue Situation, daß die Rezipienten zu den Konkurrenten der Kommunikatoren werden.

Wang: Danke schön, Herr Kepplinger.